



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Weltspiegel.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

jenigen Völkern wirken, die kein deutsches Land annektiert haben, und werden schließlich die öffentliche Meinung zu unseren Gunsten stimmen. Auf diese Möglichkeit weist Brochem selbst hin (S. 101). Wir müssen in dieser Beziehung von den Völkern lernen, die unter langer Fremdherrschaft ihr Volkstum bewahrt und schließlich ihre Freiheit wieder errungen haben, wie Griechen, Serben, Bulgaren, Polen. Gerade das Beispiel Polens kann uns ein Trost sein. Deutschland ist jetzt in der Lage, in der sich Polen zur Zeit seiner ersten Teilung im Jahre 1772 befand, und die Gefahr weiterer Teilungen ist ebenfalls vorhanden. Aber eben durch die Teilungen und die Fremdherrschaft ist das polnische Nationalgefühl erstarbt; zugleich gerieten alle Sünden des früheren Staates in Vergessenheit, und die Polen gewannen eine Sympathie in der öffentlichen Meinung, die sie früher nicht besaßen hatten. Die Folge davon ist die jetzige Wiederherstellung ihres Reiches. So dürfen wir Deutschen hoffen, daß unsere gegenwärtige Unterdrückung heilsame Folgen für unsere Nachkommen haben und eine Auferstehung des Reiches bewirken werde.*)

Weltspiegel.

14. Juli 1922.

Zwei Akte der großen Welttragödie sind schon gespielt worden, erklärte vor einiger Zeit Mr. Bush, der Präsident der New Yorker Handelskammer. Im ersten Akte war die Bühne ein Schlachtfeld, im zweiten sprachen die Politiker und jetzt gerade spielt man den dritten Akt. Er setzte hoffnungsvoll mit der gesunden Darlegung der Wirtschaftler und Finanzleute in Paris ein, aber dann griffen die Politiker mit rauher Hand in dieses Spiel und zerstörten alle Aussicht auf schnelle Lösung. Der Höhepunkt der Tragödie, der vierte Akt, hat seine düstern Schatten vorausgeworfen. Der deutsche Außenminister, Dr. Rathenau, wurde ermordet. Der Boden, auf dem Nihilismus und Anarchie empornwuchern können, war durch die zwei letzten Akte schrecklich vorbereitet. Das deutsche Volk neigt dazu, sein Dasein in Ruhe und ohne Aufregungen zu verbringen und wäre vielleicht sogar dazu gekommen, die bestehenden Verhältnisse als rechtmäßig und dauernd anzuerkennen, wenn die Alliierten eine vernünftige Politik verfolgt hätten. Dazu hätte aber gehört, daß man dem Spruch der Bankiers gefolgt wäre und nicht die Möglichkeiten außer Acht gelassen hätte, die allein dazu angetan waren, den Fanatismus, der auf dem Boden des Versailler Vertrages hervordachsen mußte, zu unterdrücken. Eine große Schuld trifft daher die französische Regierung, die es unmöglich gemacht hat, daß die Verhandlungen der Finanzleute in Paris zu einem rettenden Ergebnis gekommen sind. Vielleicht ist durch diese Verzögerung der Mord allein möglich geworden.

Inzwischen haben sich die Wirkungen gezeigt, die durch die Ergebnislosigkeit der internationalen Anleiheverhandlungen für Deutschland eingetreten sind. Die deutsche Regierung hätte jetzt selbst nach dem Moratorium der Reparationskommission für das Jahr 1922 nach dem jetzigen Stande der Mark das Dreifache an Papiermark aufzubringen, als nach den schon

*) Bei Brochem ist auf S. 35 statt „Rheingau“ „Rheinbessen“ zu lesen.

von aller Welt als unmöglich erkannten Bedingungen des Londoner Ultimatus. Statt 28 Papiermilliarden wären 80 erforderlich, um die Zahlungen zu leisten. Daher sah sich die deutsche Regierung gezwungen, um ein neues Moratorium einzukommen, das Deutschland für die nächsten zwei Jahre von sämtlichen Barleistungen befreien sollte. Darüber ist nun in den verschiedenen Ländern ein heißer Kampf entbrannt. Man will vor allen Dingen in Frankreich diese Gelegenheit wieder benutzen, um politische Machtmittel gegen Deutschland in die Hand zu bekommen, die Finanzkontrolle zu verschärfen und sogar durch die Aufnahme von Aktien deutscher Unternehmungen einen Einfluß auf die deutsche Industrie zu gewinnen.

In England sieht man die Sache bedeutend ruhiger an; man würde von dort aus sogar darauf eingehen, daß die jetzt fällige Rate von 33 Millionen in den Kassen der Reichsbank verbleibt. Es muß jedoch festgestellt werden, daß der englische Standpunkt auf den ersten Blick zwar äußerst günstig erscheint, daß aber dort das Bestreben nach einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage immer nur ganz vorübergehend und ohne genügende Sachlichkeit auftaucht. England nimmt in dieser Frage eine ähnliche Stellung ein wie Amerika, das ebenfalls von seinen Freunden und Schuldnern verlangt, erst ihre eigenen Angelegenheiten in Ordnung zu bringen, ehe man an eine weitgehende Regelung der ganzen Finanzschwierigkeiten gehen kann. In Frankreich erkennt man in dieser Hinsicht besser den Kern des Problems, wenn natürlich auch die Tendenz der französischen Politik bei allen diesen Fragen hauptsächlich gegen Deutschland gerichtet bleibt. Frankreich wünscht die Regelung der Reparationsangelegenheit mit der Frage der interalliierten Schuld zu verbinden. Im Grunde genommen gehören diese beiden Dinge nicht zusammen. Sie sind im Prinzip verschieden. Deutschland ist nicht dafür verantwortlich, was Frankreich während des Krieges ausgegeben hat. Die Reparationsforderungen der Entente sollen nach ihren eigenen Worten nur zur Wiederherstellung des angerichteten Schadens dienen. Wenn Frankreich also 550 Millionen Pfund von England, 572 Millionen Pfund von Amerika, also zusammen 1 122 Millionen Pfund geborgt hat, so hat es dieses Geld während des Krieges für seine Rüstungen verwandt, hat also kein Recht, sich jetzt darüber zu beklagen, daß diese Schuldenlast annähernd ebenso groß ist, wie die kapitalisierte deutsche Reparationsschuld. In der Praxis wird sich jedoch ein Ausgleich der Forderungen der verschiedenen Mächte nicht vermeiden lassen. Amerika als Hauptgläubiger, das selbst den Engländern beinahe 1 Milliarde Pfund vorgeschossen hat, will aber den Anfang zu einer solchen Regelung nicht machen. England mit seinen Schulden von 1 Milliarde und seinem Guthaben von 1 703 Millionen Pfund Sterling steht zwischen den Mächten und wird nun von Frankreich am meisten gedrängt, die Initiative zu ergreifen. Wir laufen jedenfalls, sollte eine Regelung der interalliierten Schulden nicht in naher Zukunft eintreten, stets die Gefahr, als Hauptschuldner aller Mächte am stärksten zur Bezahlung herangezogen zu werden und, da wir durch unsere Zahlungsunfähigkeit die Forderungen nicht erfüllen können, dem Zerstörungswillen Frankreichs zum Opfer zu fallen.

In den letzten Veröffentlichungen der französischen halbamtlichen Presse findet man stets die Erklärung, daß Frankreich nicht imstande sein

werde, seine Zinsen an England und Amerika zu zahlen. Dabei stellt der „Temps“ den Satz auf, daß die Prinzipien des Rechts nicht verschieden sein dürften, je nachdem Frankreich als Schuldner oder Gläubiger in Betracht komme. Uns gegenüber hat Frankreich jedenfalls noch weit weniger Rücksicht gezeigt, als England und Amerika bisher gegen Frankreich geübt haben. Denn man hat noch niemals der französischen Regierung zugemutet, Beweise für ihre Zahlungsunfähigkeit zu bringen oder gar sich durch eine Kontrolle der französischen Finanzen davon zu überzeugen, ob ein großer Fehler für die schlechte Finanzlage Frankreichs nicht in der Finanzverwaltung der Regierung läge. Die Bankiers haben im dritten Akt die Schuld an der wirtschaftlichen Unsicherheit Europas klar auf Frankreichs Konto gesetzt. Nun ist es wiederum Frankreich, das für die neue Regelung der Reparationszahlungen den Ausschlag geben muß. Der Vorhang über dem dritten Akt würde unter dem Aufatmen der ganzen Welt fallen, wenn die Politiker die Konsequenzen aus dem Memorandum der Bankiers zögen und unter Einschluß Amerikas den allgemeinen Schuldenausgleich verkündeten, an dem Deutschland nicht nur durch ein Moratorium, sondern auch durch eine Revision der ganzen Reparationssumme beteiligt werden müßte.

Die französische Politik versucht nun, nachdem die Verhältnisse klar gezeigt haben, daß man auf große Barzahlungen von Seiten Deutschlands in den nächsten Jahren nicht rechnen kann, sich auf andere Weise schadlos zu halten. In dieser Richtung liegt das Bestreben der französischen Regierung, die Sachlieferungsverträge möglichst schnell wirksam zu machen und deutsche Arbeitskraft und deutsches Material auch an anderen Gebieten Frankreichs zu Konstruktionsarbeiten zu verwenden. Vorläufig ist es aber höchst bedauerlich, daß diese Ideen in Frankreich nur propagiert werden können unter dem Gesichtspunkte der Versklavungsidee. Man macht dem französischen Publikum klar, daß schon in alten Zeiten die besiegten Völker in den Ländern der Sieger zu Fronarbeiten herangezogen worden seien. Solange solche Gedanken die Grundlage der deutsch-französischen Zusammenarbeit bilden sollen, kann man nicht darauf rechnen, daß Deutschland darauf eingeht. Die Konstruktionsarbeiten in Süd-Frankreich, die für einen Zeitraum von zehn Jahren vielen Tausenden deutscher Arbeiter Beschäftigung geben würde, wären sonst durchaus nicht von der Hand zu weisen. Die Reparationskommission hat die Pläne der französischen Regierung schon in der Hand und wird sich wahrscheinlich in nächster Zeit mit Deutschland in Verbindung setzen, um die nötigen Kräfte anzufordern. Nach dem Friedensvertrag ist die Reparationskommission jedoch nicht berechtigt, Forderungen in dieser Beziehung zu stellen. Da es also auf eine freiwillige Vereinbarung mit Deutschland ankommt, wird sich Frankreich in den Bedingungen für die Arbeiter, in der Bezahlung und in der Unterbringung noch entgegenkommend zeigen müssen.

Die Konferenz im Haag, die seit dem 26. Juni tagte, ist zusammengebrochen. Die Ansichten der beiden Parteien waren zu verschieden; vor allen Dingen wurde von Frankreich stets versucht, durch Forderungen, die grundlegend für das Sowjetssystem waren, Reibungsflächen zu schaffen.

H. Bünnig.